



Liebe Mitglieder, liebe Freunde und Interessenten,



Das Quartier Vauban ist ein Stadtteil im Süden von Freiburg, entstanden auf einer Konversionsfläche nach Abzug des französischen Militärs, errichtet von Leuten aus der Hausbesetzerszene und der Anti-AKW-Bewegung, vollständig nach ökologischen Grundsätzen. Alle Gebäude wurden mindestens entsprechend dem Freiburger Niedrigenergie-Standard errichtet, wobei die etwa 100 Einheiten der Solarsiedlung über das Jahr gerechnet mehr Energie erzeugen sollen, als sie selbst verbrauchen. Es gibt einige Passivhäuser, darunter das erste Mehrfamilienhaus in Passivhaus-Bauweise in Deutschland. Etwa ein Drittel der ca. 6.000 Einwohner ist unter 18 Jahre alt, davon wiederum ist der Anteil der Kinder sehr hoch. Damit zählt Vauban zu den kinderreichsten Stadtteilen in Deutschland. Und wie wählten die Bewohner von Vauban bei der letzten Landtagswahl? Grüne 72,7 %, SPD 12,6 %, Linke 7,2, CDU 3,8 % und FDP 1% (MaMo v. 8.6.12). Zwar hat die CDU in Vauban einen eigenen Ortsverband, der aber mit vier Mitgliedern der kleinste im ganzen Land ist (dto.). Sicher ist Vauban eine grüne Idylle, in dem die CDU nicht angesagt ist. Aber dass die CDU in einem ausnahmsweise einmal kinderreichen Milieu faktisch nicht mehr existent ist, macht schon nachdenklich. Respekt jedoch vor den vier Mitgliedern, die sich ihre Überzeugung nicht nehmen lassen. (Bild: Claire7373 Andrewglaser)

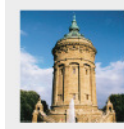
Oststadt/Schwetzingenstadt und Mannheim

CDU-Fraktion fordert verstärkten Einsatz bei der Verbrechensbekämpfung!



Aus Sicht des sicherheitspolitischen Sprechers der CDU-Gemeinderatsfraktion, Steffen Ratzel, hat sich die Einführung der Videoüberwachung auf einigen öffentlichen Plätzen Mannheims als sehr wirkungsvoll erwiesen. Wenn sich beispielsweise die Zahl der Straßenkriminalitätsdelikte am Paradeplatz und am Neckartor um sage und schreibe 70 % verringert hat, ist dies ein offenkundiger Beweis für die Sinnhaftigkeit dieses Instruments. Dies müssten auch die Kritiker von Grünen und FDP endlich einmal eingestehen. Oder wird dies von diesen aus ideologischen Gründen immer noch bestritten?“ äußert Steffen Ratzel zum Rückgang der Kriminalität auf dem Bahnhofsvorplatz.

Die CDU-Gemeinderatsfraktion freut sich, dass die Innenstadt durch die von den Christdemokraten eingeführte Videoüberwachung deutlich sicherer geworden ist. Leider hat aber gerade die jüngste Kriminalitätsstatistik gezeigt, dass es wieder häufiger Straftaten auf öffentlichen Flächen, wie beispielsweise Straßenraub, gibt. Dies heißt für die CDU-Fraktion: Nicht nachlassen bei der Verbrechensbekämpfung! Dazu zählt auch weiterhin der Einsatz von Videoüberwachungen auf öffentlichen Plätzen. Leider sieht das baden-württembergische Polizeigesetz vor, dass ein zu überwachender Bereich ein Kriminalitätsschwerpunkt sein muss. Dies führt dann grotesker Weise dazu, dass durch den wirkungsvollen Einsatz der Kameras diese sich selbst ins rechtliche Aus manövrieren. Dies kann und darf so nicht länger sein. Deshalb muss die grün-rote Landesregierung endlich das Polizeigesetz dahingehend ändern, dass an neuralgischen Punkten der Videoeinsatz auch dann noch zulässig ist, wenn der Platz nicht mehr als Kriminalitätsschwerpunkt anzusehen ist. Nur so kann man erreichen, dass diese Plätze auch dauerhaft als sicher gelten und sich nicht nach und nach wieder als Horte von Kriminalität entwickeln. „Für die CDU steht in diesem Zusammenhang eindeutig fest, dass die laufende Videoüberwachung am Hauptbahnhof solange fortgesetzt werden muss, wie dies irgendwie rechtlich zulässig ist“, so Ratzel weiter. „Der Platz vor dem Hauptbahnhof ist die Visitenkarte Mannheims beim Besuch vieler



auswärtiger Gäste, die mit der Bahn nach Mannheim anreisen, z.B. vieler tausend Kongressbesucher Jahr für Jahr. Hier ist es von besonderem Interesse für die Stadt, ein gutes und sicheres Bild abzugeben.“ (Newsletter der CDU-Gemeinderatsfraktion Mannheim vom 06.06.2012)

§ 21 Abs. 3 Polizeigesetz BW, der die Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen regelt, lautet:
Der Polizeivollzugsdienst oder die Ortspolizeibehörden können an öffentlich zugänglichen Orten Bild- und Tonaufzeichnungen von Personen anfertigen, wenn sich die Kriminalitätsbelastung dort von der des Gemeindegebiets deutlich abhebt und Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass dort auch künftig mit der Begehung von Straftaten zu rechnen ist.

Deutschland und die Welt

Eurokrise: Ist Griechenland ein hoffnungsloser Fall?



Dem MIT-Kreisverband Mannheim habe ich die Einladung zu einer äußerst interessanten Podiumsdiskussion des deutsch-hellenischen Unternehmerverbandes Rhein-Neckar in den Räumen des ZEW zu verdanken. Es waren ca. 80 Zuhörer erschienen, darunter diverse SPD-Mandatsträger aus Gemeinderat, Landtag, Bundestag und Europaparlament. Für die CDU habe ich als einziger die Fahne hochgehalten.

Interessant war diese Veranstaltung nur teilweise wegen der Beiträge vom Podium, sondern vor allem wegen der Beiträge aus dem Publikum. Sie waren nach meinem Eindruck von auffallend wenig Selbstkritik geprägt. Es wurde darüber diskutiert, dass deutsche Unternehmen dem griechischen Staat Panzer liefern, die dieser gar nicht brauchen. Es wurden Wachstumspakete angemahnt, da man anderenfalls Griechenland „kaputt spare“. Es wurde auf die bösen Spekulanten geschimpft, die für Griechenland-Anleihen hohe Zinsen verlangen und an der Krise auch noch verdienen. Auf die Idee, dass die Krise vielleicht auch von den Griechen selbst verursacht sein könnte, ist allerdings keiner der griechischen Diskussionsteilnehmer gekommen.

Dieses Phänomen, dass die Griechen nur in den Anderen die Schuldigen sehen, erläuterte der auf neugriechische Geschichte spezialisierte Historiker Prof. Heinz Richter von der Universität Mannheim wie folgt: Die Griechen sind ein Volk, das faktisch nie einen eigenen Staat gehabt hat. Sie standen 2.000 Jahre unter Fremdherrschaft, zunächst unter römischer, dann unter byzantinischer, danach unter osmanischer. Erst 1830 haben sie sich von den Türken befreit. Formell hatten sie zwar einen eigenen Staat, faktisch standen sie aber bis zum 2. Weltkrieg unter dem Protektorat der Briten, danach bis 1974 unter stark amerikanischem Einfluss. Griechenland erlebte in den letzten 200 Jahren mehrere Staatspleiten, die von den Briten und Amerikanern aufgefangen wurden, da dieses Land für sie von großer strategischer Bedeutung war.

Um die heutige Mentalität der Griechen zu verstehen, muss man die mehr als 2.000-jährige Fremdherrschaft berücksichtigen. Ihre politischen (Fremd-)Herrscher haben die Griechen, das ist verständlich, stets als Feinde wahrgenommen. Einem Feind zahlt man selbstverständlich freiwillig keine Steuern. Als Scharniere zwischen der osmanischen Fremdherrschaft und der griechischen Bevölkerung fungierten die sog. Mughtare, das sind gewählte lokale Dorfbürgermeister. Diese mussten zwar einerseits die Interessen der Osmanen vertreten, andererseits schützten sie die griechische Bevölkerung. Sie erhielten im Laufe der Zeit eine große Macht und großen Reichtum. Um wiedergewählt zu werden, mussten sie ihren Wählern Geld, Privilegien und Ämter zukommen lassen. Über mehr als 2.000 Jahre haben die Griechen ein klientelistisches System entwickelt, das bis heute fort dauert.

Nur vor diesem Hintergrund kann man verstehen, dass die Griechen nicht das geringste Unrechtsbewusstsein dabei haben, wenn EU-Gelder zu einem großen Teil auf Privatkonten verschwinden, jedoch nicht bei griechischen, sondern meist bei Schweizer oder englischen Banken. Und als die Griechen den Euro erhielten und damit auf den Kapitalmarkt zu niedrigsten Zinsen eine riesige Menge von Geld bekamen, haben die griechischen Politiker dieses Geld nicht etwa für Investitionen ausgegeben, sondern um ihre Klientel zu bedienen. Denn die heutigen Politiker sind den früheren Mughtaren sehr ähnlich. Die gesamte griechische Wirtschaft besteht zu 50% aus Staatsbetrieben, deren wichtigste Funktion darin besteht, ihrer Klientel Privilegien, Ämter und Arbeitsplätze zu verschaffen. Und wer die Wün-



sche seiner Klienten nicht mehr erfüllen kann, der wird beim nächsten Mal abgewählt. Politische Parteien in Griechenland darf man nicht mit denen in Westeuropa verwechseln: Sie haben weder ein Parteiprogramm, noch Kongresse noch eine politische Willensbildung. Sie sind reine Klientel-Parteien. Vor diesem historischen Hintergrund wird die Griechenland-Krise erst verständlich. Die Griechen sind nicht mehr oder weniger fleißig, nicht mehr oder weniger korrupt als andere auch. Im Unterschied zu anderen Staaten haben sie allerdings ein riesiges Problem: Sie haben keinen funktionierenden Staat. Was sie einen Staat nennen, ist eine Verfilzung zwischen einer politischen und wirtschaftlichen Oligarchie, mit dem höchst ungerechten Ergebnis, dass die unteren und mittleren Schichten alle Belastungen der Krise tragen müssen, während die politische und wirtschaftliche Oligarchie in ihrem Reichtum erstickt. Daran wird sich auch dann nichts ändern, wenn bei der Neuwahl am nächsten Sonntag, dem 17. Juni, der Führer der Linken Tzipras siegen sollte. Auch er hat ein völlig klientelistisches Politikverständnis und verspricht seinen Wählern unerfüllbare Wohltaten, die Beendigung des „Spar-Diktats“ und die Beibehaltung des Euro. Und Herr Samaras, der Führer der Konservativen, macht es kein bisschen anders. In Griechenland ist eine politische Bewegung gegen den Klientelismus nicht in Sicht. Immer weitere Garantien und Zahlungen werden nichts bringen. Solange es den Klientelismus gibt, bleibt Griechenland ein Fass ohne Boden.

Und wie soll es weitergehen? Auch das war interessant: Kein einziger griechischer Diskussions Teilnehmer hat auch nur in Erwägung gezogen, die Drachme wieder einzuführen. Man will den Euro behalten, aber ohne schmerzhaftes Therapie. Und das ist das eigentlich Desillusionierende: Man wird nicht davon ausgehen dürfen, dass die Griechen selbst bereit und in der Lage sind, ihre Probleme an der Wurzel zu behandeln. Auf die Frage, wie die Zukunft Griechenlands aussieht, antwortete der Historiker: „Für die nächsten 30 bis 50 Jahre muss man wohl von einer Art Protektorat ausgehen.“ Die Griechen müssen selber entscheiden, ob sie zur Drachme zurückkehren und autark bleiben oder den Euro behalten und im Gegenzug politische Souveränität abgeben. Ein „Weiter so“ gibt es nicht mehr, egal wer die Wahl am kommenden Sonntag gewinnt.

Buchtip: Blackout – Morgen ist es zu spät: Roman, Blanvalet, München 2012, 19,90 €



Ein Stromausfall, der sich von Italien und Schweden über Gesamteuropa ausweitet, legt das öffentliche Leben weitestgehend lahm. Kein Strom, keine Heizung, kein fließendes Wasser, keine Krankenhaus-Versorgung, kein Flug- und Bahnverkehr, Stillstand der Industrie und der Verwaltung, keine Kommunikation. Der Stromausfall ist auf einen Hackerangriff von Terroristen zurückzuführen. Natürlich gibt es einen Helden in dem Roman, der die Welt rettet. Wer gerne Thriller liest, kommt hier auf seine Kosten. Was diesen Roman aber besonders fesselnd macht: Er führt drastisch vor Augen, wie verletzlich die moderne Zivilisation ist. Ohne Strom funktioniert nichts, kein Aufzug, kein Computer, keine Melkmaschine, wir werden gleichsam in Sekundenschnelle ins Steinzeitalter zurückgeworfen, was unzähligen Menschen das Leben kostet. Und das Szenario ist nicht einmal unrealistisch. Man denke nur an den Computervirus Stuxnet, der vermutlich konzipiert wurde, um die iranischen Atomanlagen zu stören. Der Roman ist spannende Fiction-Unterhaltung, gar nicht einmal unrealistisch. Das macht den besonderen Reiz aus. Kein Wunder, dass Amazon-Kunden fast nur Topnoten vergeben.

Termine

Samstag, 16.06.2012 – Sonntag, 17.06.2012, Seckenheim

CDU-Ortsverband Seckenheim: CDU-Stand auf dem Straßenfest Seckenheim.

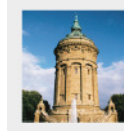
Sonntag, 17.06.2012, 11:00 Uhr, Käfertaler Wald, Karlstern

CDU-Ortsverband Schönau: Karlsternfest.

ACHTUNG: AKTUALISIERTER TERMIN!

Dienstag, 19.06.2012, 17:30 Uhr, Reiss-Engelhorn-Museen, Museum Bassermannhaus, C4, 9b

CDU-Gemeinderatsfraktion: 99. Kulturveranstaltung: Ausstellung „MusikWelten“



Samstag, 23.06.2012 – Sonntag, 24.06.2012, Stadtteilstadt Neckarau
CDU-Ortsverband Neckarau: Infostand

Sonntag, 24.06.2012, 11:00 – 14:00 Uhr, Fotoatelier Raffler, Windeckstr. 7
CDU-Ortsverband Lindenhof: Jazzmatinee mit dem Lindenhöfer Jazzmusiker Martin Freund und Band. Ehrungen für 11 Mitglieder. Für Ihr leibliches Wohl wird gesorgt.

Dienstag, 26.06.2012, 14:00 Uhr, Logenhaus, L 9, 9
Senioren-Union Mannheim: Info-Treff

Mittwoch, 27.06.2012, 15:00 Uhr, Polizeipräsidium Mannheim, L 6, 1
Frauen-Union Kreisverband Mannheim: Besuch des Polizeipräsidiums und Gespräch mit der Polizeipräsidentin Caren Denner

*Freitag, 29.06.2012, Einlass: 18:00 Uhr, Beginn: 20:00 Uhr,
12-Apostelgemeinde Vogelstang, Großer Saal*
CDU-Ortsverband Vogelstang: Gastspiel „Pension Schöllner“ des Boulevard Deidesheim mit Hans-Dieter Willisch. Eintritt 15 Euro, Karten an der Abendkasse oder bei Volker Kögel, Tel. 0621/701286)

*Donnerstag, 12.07.2012, 19:00 Uhr, Bundesakademie für Wehrverwaltung u. Wehrtechnik,
Seckenheimer Landstr. 12*
Evangelischer Arbeitskreis KV Mannheim: Vortragsreihe Ethik des Soldatenberufs: Militäraseelsorge – Glauben und Streitkräfte. Vortrag von Militärpfarrer Ulrichen Kronenberg, Speyer.

Samstag, 14.07.2012 – Sonntag, 15.07.2012, jeweils 11 – 18 Uhr, Lanz-Park, Meerfeldstraße, neben Restaurant ChrisTho's Ma-Lindenhof
CDU-Ortsverband Lindenhof: Stand auf dem Lanz-Park-Fest – Stand Nr. 31, mit Torwandschießen für Kinder.

Samstag, 21.07.2012, ab 10:00 Uhr, Kongresszentrum Karlsruhe, Festplatz 9
63. CDU-Landesparteitag

Mittwoch, 25.07.2012, 19:00 Uhr, Oststadt Theater, Friedrichsplatz 4
CDU-Gemeinderatsfraktion: 100. Kulturveranstaltung. Sondervorstellung Oststadt Theater.

Samstag, 18.08.2012, ab 17:00 Uhr, Beim Bauer Karl, Marderweg 60, Friedrichsfeld
CDU-Kreisverband Mannheim: Sommerfest der CDU.

Eine gute Woche und beste Grüße,

Ihr Alfons Schulze-Hagen
Vorsitzender des CDU-Ortsverbandes Oststadt/Schwetzingenstadt